

uar 1932.
er alt 8.10
0.50, Beins
Saufgan:
— Hin:
Buche 8.50

uar ist mit
stiegen.
iter erhöht

Staatswal-
n folgende
ür Flächen
Unterland
offland F.
5, 10, und
6, und 10
3 Projekte
— 114 Bro-
687 Am.,
gegen 85
90 Prozent

ie die Ber-
W. J. J. J.
Kaufmann
ges großen
Wandrer
in, enlförder,

mergen
h Kauf an
17 500 W.
Café Jen-
reicherung
Befehl des
is beträgt

te, ist im
ist mehr-
genigtes

54 Jahre,
Soc. 10 S.
4, 11ten

eigholz

st geplant
bet. Die-
ung, welche
u, werden
n. Fortsetz-
109

lung.

lage

en

an

alts

en

er

anft

zeichnung
n Bezirk
n. Rut

Zeitung.

Befuch.

il n. Stutt-
ndert. Ede-
pänktlich,
icht unter 25
ches einem
Haushalt
ehen kann,
ädchen mit
Zeugnissen
heres bei

Tränker.

N

berbeit
er nach
monatlich
er Markt
or- und
er 9. 11.

Der Gesellschaft

Amts- und Anzeigebblatt für

den Oberamtsbezirk Nagold

Mit den illustrierten Beilagen „Reisekunden“, „Unsere Heimat“, „Die Mode vom Tage“.

Bezugspreise: Monatlich einschl. Lieferlohn A 1.50; Einzelnummer 10 Pfennig. Erscheint an jedem Werktag - Vertriebsstelle Zeitung im Oberamtsbezirk - Schriftleitung, Druck und Verlag von O. W. Zoller (Inh. Karl Zoller) Nagold, Marktstraße 14



Mit der landwirtschaftlichen Wochenbeilage „Sonn-, Garten- und Bauwirtschaft“

Abzugspreise: 1 spaltige Bornis-Zeile oder deren Raum 20 J., Familien-Anzeigen 15 J., Reklamenspalt 60 J., Sammel-Anzeigen 50% Nachschlag - Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Ausgaben und an besonderen Plätzen, wie für Telefon, Kaffee- und Kaffe-Anzeigen wird keine Gewähr übernommen

Telegr.-Adresse: Gesellschaft Nagold. — In Fällen böseer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Postf. No. Stuttgart 418

Nr. 45

Gegründet 1827

Mittwoch, den 24. Februar 1932

Preisprophet Nr. 29

106. Jahrgang

Die Neuordnung der Großbanken

Verstärkte Zusammenballung in Berlin

Seit den für die deutschen Banken und Sparkassen so kritischen Julitagen des Jahres 1931 sind über sieben Monate verfloßen. Der „Aufstand der Gläubiger“, wie man den Sturm auf die Kreditinstitute im In- und Ausland genannt hat, riß Säulen um, die bis dahin als unerschütterlich galten. In den Morgenstunden des 13. Juli erklärte die Darmstädter und Nationalbank (Danabank) zur allgemeinen Heberaufschau, daß sie genötigt sei, ihre Schalter geschlossen zu halten. Bankenspektakel und Börsenschließungen folgten. Auf Grund einer Notverordnung übernahm das Reich die volle Bürgschaft für alle Einlagen der Danabank. Ende Juli mußte auch die Dresdener Bank vom Reich gestützt werden. Hier vollzog sich die Stützungsmaßnahme anders als bei der Danabank. Das Reich übernahm 300 Millionen Reichsmark Vorzugsaktien der Dresdener Bank und übergab der Bank einen Betrag in gleicher Höhe an Schatzwechseln.

Seit dieser Zeit haben wir in Deutschland die ganz besonders brennende Bankenfrage, die bei der Schlüsselstellung der Banken in der gesamten deutschen Wirtschaft zu einer Lösung drängt. Die Banken hatten zusammen mit der Reichsbank den ersten Sturm der ausländischen Gläubiger aufzufangen. Es ist zweifellos eine große Leistung der Banken gewesen, innerhalb eines Jahres ungefähr vier Milliarden Reichsmark zurückzugeben. Zur Neuordnung des Bankwesens hat man nun den Weg der Gesamterneuerung gewählt. Nach langen Verhandlungen hat man sich entschlossen, die Dresdener Bank und die Danabank unter stärkster Mithilfe des Reichs und mittelbar der Reichsbank über die Goldkreditbank zu verknüpfen. Auch die Münzgewinne und die Gewinne der Reichsbank — was nicht ohne Bedeutung für den allgemeinen Haushalt ist — sind mit eingelegt worden mit dem Ergebnis, daß die neue Dresdener Bank jetzt hinsichtlich des Kapitals und ihrer Reserven (220 + 30 Millionen Reichsmark) die größte deutsche Bank geworden ist. Man hat aber auch von den übrigen Banken umgehend die Vorlegung einer bereinigten Bilanz verlangt. Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft (D.G.) hat unter Einziehung der eigenen Aktien in Höhe von 105 Mill. Reichsmark ihr Kapital von 5:2 von 180 auf 72 Millionen Reichsmark zusammengelegt und dann wieder um 72 auf 144 Millionen Reichsmark erhöht, so daß also die bisher größte Bank hinsichtlich Aktienkapital und Reserve (144 + 25,2 Millionen Reichsmark) an zweiter Stelle steht. Bei der Deutschen Bank muß aber besonders hervorgehoben werden, daß es ihr gelungen ist, die Sanierung aus eigener Kraft, also ohne staatliche Hilfsmittel durchzuführen, wenn auch zur Zwischenfinanzierung die Goldkreditbank einspringt. Die Deutsche Bank ist also in Zukunft neben der Berliner Handelsgesellschaft, deren Bilanzierung für den 25. Februar vorgegeben ist, die einzige der großen Banken ohne Staats-einfluß.

Denn auch bei der Sanierung der Berliner Commerz- und Privatbank, die in Zukunft über 80 Millionen Reichsmark Aktienkapital und 30 Millionen Reichsmark Reserve verfügt, leistet der Staat oder die Goldkreditbank sehr erhebliche Hilfspflichten. Die Commerzbank hat zugleich den Barmer Bankverein übernommen, der verhältnismäßig gut durch die Krise gekommen ist, sich allerdings in dem Ankauf von eigenen Aktien zu Stützungswecken (23,5 Millionen Reichsmark bei einem Aktienkapital von 36 Millionen Reichsmark) zu weit vorgewagt hatte. Man kann berechnete Zweifel gegen, ob diese Verknüpfung bankmäßig und all-gemein wirtschaftlich das Richtige ist, weil hierdurch die Zusammenballung des Bankwesens in Berlin bedeutend verstärkt worden ist. Dies fällt um so mehr ins Gewicht, als der Barmer Bankverein fast noch die einzige größere von Berlin unabhängige Aktienbank war. Der Kampf um die Selbstständigkeit des Barmer Bankvereins ist ohne Erfolg geblieben. Ob der eingeschlagene Weg sich bewähren wird, muß die Zukunft zeigen.

Wie man Zweifel hegen kann über die Zweckmäßigkeit der Verknüpfung Commerzbank - Barmer Bankverein, so kann man auch geteilter Meinung sein über die Frage, ob man im Augenblick in einer Zeit des schärfsten wirtschaftlichen Drucks einen so tiefen Eingriff bei der Neuordnung des deutschen Bankwesens unter Mithilfe des Staats und der Reichsbank hätte vornehmen sollen. Denn befreit sich die wirtschaftliche Lage, so wären solche einschneidende Maßnahmen nicht notwendig gewesen. Verschleiert sich jedoch die Lage der Gesamtwirtschaft, so kann dieser oder jener Eingriff gefährlich werden.

Die neue Zusammenballung im deutschen Bankwesen wird eine Reihe von erheblichen Auswirkungen haben. Besonders bedauerlich ist, daß bei der heutigen Lage des Arbeitsmarktes aller Voraussicht nach wieder eine größere Anzahl von Bankangestellten ihre Stellung verlieren werden. Es ist zu fordern, daß hierbei mit aller Rücksichtnahme vorgegangen wird, weil es für die betreffenden Angestellten äußerst schwierig ist, eine neue Stellung zu finden. Die Sanierung der Banken wird

weiter auch von erheblicher Auswirkung auf die Industrie sein. Denn aller Voraussicht nach stellt die Bilanzbereinigung der Banken auch den Ausstoß für eine ähnliche Bereinigung bei der Industrie und im Handel dar. Nach der Zusammenlegung wird weiter der Privatbankier keinen leichten Stand haben. Man wird Mittel und Wege suchen müssen, um auch ihm etwas zu helfen, nachdem man den Aktienbanken in so starkem Maß entgegengekommen ist. Ob diese Hilfe über die umgebaute Akzept- und Garantiebänk vorgenommen werden soll oder dadurch, daß man beispielsweise das eigene Akzept dieser Firmen stärker als bisher bei der Reichsbank diskontieren kann, ist eine Frage, die in neuen Verhandlungen möglichst bald geklärt werden muß.

Die Eröffnung des Reichstags

Berlin, 23. Februar.

Der Reichstag ist heute nachmittags 3 Uhr bei vollbesetztem Haus durch den Präsidenten Löbe eröffnet worden. Die Deutschnationalen und nationalsozialistischen Abgeordneten haben ihre Plätze wieder eingenommen. Seit den frühen Morgenstunden standen Hunderte vor dem Reichstag, die einige der wenigen verfügbaren Karten noch zu erhalten hofften. Die Tribünenkarten waren in der Hauptsache schon vor einer Woche vergriffen.

Von vormittags 10 Uhr an traten mehrere Parteien zu Fraktionsberatungen zusammen. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei beschloß, ebenfalls einen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett einbringen und Fraktionszwang auszuüben.

Zum einzigen Punkt der Tagesordnung „Beschlussempfehlung über den Wahltag für die Wahl des Reichspräsidenten“ erklärte im Namen der Reichsregierung

Reichsinnenminister Dr. Gröner

Das Amt des Reichspräsidenten dauert nach der Reichsverfassung sieben Jahre. Die Amtsperiode des amtierenden Herrn Reichspräsidenten begann mit dem 5. Mai 1925, an welchem Tag der Reichswahlprüfungsausschuß den Herrn Reichspräsidenten für gewählt erklärt hat. Seine Amtsperiode geht also am 5. Mai d. J. zu Ende. Damit ergibt sich die Notwendigkeit, die Neuwahl so zeitig vorzubereiten, daß am 5. Mai ein Reichspräsident, neu gewählt, zur Übernahme des Amtes vorhanden ist. Während der Wahltag für eine Reichstaatswahl vom Reichspräsidenten bestimmt wird, wird

Tagespiegel

In der Reichstagsausprache wird für das Zentrum der württembergische Innenminister Dr. Bolz das Wort nehmen.

Der memelländische Landespräsident Böttcher hat in einem Schreiben an den litauischen Gouverneur Mertos seinen Rücktritt angezeigt.

Das Kabinett Lardieu stellte sich am Dienstag nachmittag der Kammer und dem Senat vor. In der Kammer verlas Lardieu die Regierungserklärung, die sich im wesentlichen auf außenpolitische Fragen erstreckte. Der französische Standpunkt in der Tribufrage beschränkte sich auf die bestehenden Verträge, die gewisse Abänderungen zulassen, die aber von den Unterzeichnern nicht mißachtet werden dürfen. Der französische Abrüstungsplan in Gené bezweckt die Stärkung des Völkerebunds durch die Schaffung einer internationalen Streitmacht. Die französische Regierung sei die einzige, die dem Völkerebund bisher einen sofort zu verwirklichenden Plan unterbreitet habe. Die Annahme dieses Plans würde eine sofortige Herabsetzung der Heeresausgaben ermöglichen.

Die Japaner wollen ihre Streitkräfte in Schanghai verdoppeln.

Der Wahltag für die Reichspräsidentenwahl vom Reichstag festgelegt.

Nach dem Präsidentenwahlgesetz ist zum Reichspräsidenten gewählt, wer mehr als die Hälfte aller gültigen Stimmen erhalten hat. Entscheidend ist also die absolute Stimmenmehrheit. Wird eine solche nicht erreicht, so findet ein zweiter Wahlgang statt. Bei diesem ist gewählt, wer die meisten gültigen Stimmen, also wer die relative Mehrheit erhalten hat.

Nach den Ausführungsbestimmungen zum Präsidentenwahlgesetz würde eine Beschlußfassung des Reichstags über einen zweiten Wahlgang erst erforderlich sein, wenn keine Notwendigkeit feststeht. Um ein für alle Mal diese technische Frage zu erledigen, empfiehlt es sich, schon jetzt einen Eventualbeschlusse über den Tag des zweiten Wahlgangs zu fassen. In gleicher Weise ist der Reichstag im Jahr 1925 verfahren, als nach dem unerwarteten Ableben des ersten Herrn Reichspräsidenten die Neuwahl in einem ersten Wahlgang vor Ostern und einem zweiten Wahlgang nach Ostern vorgenommen werden mußte.

Der Wahltag muß nach dem Gesetz ein Sonntag oder ein öffentlicher Ruhetag sein. Praktisch kommt nur ein Sonntag in Betracht. Zur Vorbereitung der Wahl ist eine ausreichende Zeitspanne erforderlich. Zwischen erstem und zweitem Wahlgang muß weiter eine Frist von etwa drei Wochen liegen. Zwischen einem zweiten Wahlgang und dem Amtsantritt des neugewählten Reichspräsidenten muß gleichfalls eine ausreichende Frist liegen, um das Wahlergebnis festzustellen und durch das Wahlprüfungsgericht prüfen zu lassen.

Ich brauche wohl nicht näher zu begründen, daß während

Der Krieg in Ostasien

Chinesischer Sieg bei Kiangwan

Schanghai, 23. Febr. Es bestätigt sich, daß die Chinesen gegen die nördlich von Kiangwan vorrückenden Japaner einen Sieg erröchten haben. Die Chinesen überschritten in einer Umgebungsmanöver den Wajungbach und eroberten das Dorf Wiaohang nördwestlich von Kiangwan zurück. Die Japaner setzten ihre vorwärtigen Angriffe auf Kiangwan fort, aber die Chinesen hatten das gestern wieder eroberte Gelände.

Die Japaner haben sich zurückgezogen und den Kampf eingestellt, bis die erwarteten Verstärkungen eingetroffen sind. Am Dienstag sollen 4000 Mann und am Mittwoch weitere Nachschübe in Schanghai gelandet werden.

Die Regierung in Nanking glaubt, daß der Krieg ein Jahr dauern werde; sie hat große Mengen Munition und eine größere Anzahl Flugzeuge aufgetauft.

Am Eingang des Postgebäudes der Internationalen Niederlassung in Schanghai platzte am Dienstag eine mit Zünder versehene Bombe. Ein Postbeamter wurde schwer verletzt. Das Postgebäude wurde schwer beschädigt und die harte Mauer des gegenüberliegenden Gebäudes stürzte zusammen.

General Schangakwai befindet sich mit einer chinesischen Musterdivision auf dem Marsch nach Wuchang, um sich an den Kämpfen gegen die Japaner zu beteiligen. General Jenschuan, der vor einiger Zeit seines Postens entsetzt worden war, ist wieder zum Oberbefehlshaber des Schansi-Heeres ernannt worden.

Ein englisches Bataillon in Sowan hat Befehl erhalten, sich nach Schanghai einzuschiffen.

Aufruf der Kanton-Regierung

Schanghai, 23. Februar. Die Führer der Kanton-Regierung haben einen Aufruf an das chinesische Volk erlassen, in dem sie erklären, daß sie in dieser Schicksalsstunde Chinas ihren Kampf gegen Kanton aufgeben. Sie sollen ihre Truppen in den Dienst

der chinesischen Republik und erwarten, daß es jeder Chinese als nationale Pflicht betrachte, die japanischen Truppen zu bekämpfen. Es gehe jetzt nicht um das Schicksal Schanghais, sondern um das Schicksal Chinas. Der Aufruf ist von sämtlichen Führern der chinesischen Nationalbewegung in Kanton unterzeichnet.

Japans Ansehen steht auf dem Spiel

Tokio, 23. Febr. Der nach Tokio zurückgekehrte Admiral Saito, der die japanischen Truppentransporte nach Schanghai begleitet hatte, berichtet, die Lage in China habe sich so zugespitzt, daß das japanische Ansehen auf dem Spiel stehe und es für Japan schwer werde, irgendwelche Vermittlungsbedingungen anzunehmen, die einen Zweifel über die „Ueberlegenheit“ des japanischen Heeres ließen. Der Admiral empfiehlt, sofort weitere Truppenverstärkungen auf den Weg zu bringen.

Wahlsieg der japanischen Regierungspartei

Tokio, 23. Febr. Nach dem vollständigen Ergebnis der japanischen Wahlen erhalten die Regierungspartei Seiyu-tai 301 Sitze, die Oppositionspartei Minseitō 149, die Protestpartei 5 Sitze. Die übrigen Parteien teilen sich in 45 Sitze. Die absolute Mehrheit der Regierungspartei beträgt 136.

Die Lage der deutschen Reichsangehörigen

Schanghai, 23. Febr. Wie von unterrichteter Seite mitgeteilt wird, ist die Lage der deutschen Reichsangehörigen in Schanghai vorläufig nicht besorgniserregend. Die Reichsregierung hat jedoch im Verein mit den großen Schiffahrtsgesellschaften Vorbereitungen getroffen, um jederzeit die Deutschen, vor allem die Frauen und Kinder, wegzubringen zu können.

Von zuständiger Stelle in Berlin wird mitgeteilt: Die Gerüchte, daß die als Instrukteure im chinesischen Heere tätigen früheren deutschen Offiziere — etwa 70 — an den Kämpfen um Schanghai beteiligt seien, sind unzutreffend. — Und wenn auch!



der östlichen Zeit eine Wahl nicht stattfinden kann. So ergeben sich aus der Wahlrecht, wie der Kalenderlage zwangsläufig Sonntag, 13. März, für den ersten Wahlgang und Sonntag, 10. April, für einen etwaigen zweiten Wahlgang. Es sind das nach dem Kalender die gleichen Sonntage vor und nach Ostern, wie bei der Präsidentenwahl 1925.

Namens der Reichsregierung habe ich die Ehre, dem hohen Haus zu empfehlen, meinem Vorschlag zuzustimmen. Die Reichsregierung wird dafür sorgen, daß die Wahlvorbereitungen ungehindert vor sich gehen können. Allen Versuchen, Wahlveranstaltungen durch gewalttätiges Vorgehen zu verhindern und dadurch die in der Verfassung garantierte Wahlfreiheit zu beeinträchtigen, wird auf das schärfste entgegengetreten werden.

Abg. Dr. Göbbels (NatSoz.) gab ein Bild von der wirtschaftlichen und politischen Lage. Nicht die nationalsozialistische Bewegung habe Hindenburg im Stich gelassen, sondern Hindenburg die Sache seiner Wähler. Als Dr. Göbbels in diesem Zusammenhang die Sozialdemokraten Defektoren nannte, erhob sich auf der Linken ungeheurer Lärm, der schließlich zu Unterbrechung der Sitzung für eine halbe Stunde führte.

Nach einstündiger Unterbrechung wurde die Sitzung des Reichstags durch Präsident Löbe wieder eröffnet. Er erklärte, der Vizepräsident habe sich mit dem Zwischenfall beschäftigt. Auf Grund des Stenogramms habe Dr. Göbbels in Bezug auf den Reichspräsidenten Hindenburg erklärt, er sei gelobt worden von der Partei der Defektoren. In dieser Bemerkung lebe der Vizepräsident eine Beleidigung des Staatsoberhauptes und eine gräßliche Verletzung der Ordnung des Hauses. Der Abg. Göbbels wird daher von der Sitzung ausgeschlossen. (Handelstischen im Zentrum und bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Göbbels verläßt den Saal unter fortwährenden Schreien seiner Parteifreunde.

Im Namen von Kriegsteilnehmern verschiedener Fraktionen meldet sich Abg. Lemmer (Staatspartei) zum Wort, kann sich aber bei größter Unruhe und Lärmenden

Jurufen kaum durchsetzen. Abg. Dr. Göbbels habe Mitglieder des Hauses beleidigt, die als Kriegsteilnehmer den Weltkrieg mitgemacht hätten. Diese Erklärung habe bei den Fraktionen, für die er spreche, und in den Kreisen der Kriegsteilnehmerfraktionen größte Entrüstung hervorgerufen. (Fortgelehte große Unruhe. — Die Ausführungen des Redners geben im Lärm unter.)

Abg. Stubbenhoff (D.N.) erklärt, er habe in dem Lärm nicht klar verstehen können, wen Herr Lemmer eigentlich vertrete. Er nehme deshalb Veranlassung zu betonen, daß dessen Erklärung für die Kriegsteilnehmer der deutschnationalen Fraktion nicht abgegeben sei.

Abg. Gräf (Komm.) erklärt, die Kriegssopfer würden gemeinsam mit dem Proletariat ihre Sache gegen kapitalistische Kriegspolitik der Sozialdemokraten und der Nationalsozialisten zu verteidigen wissen.

Abg. Strasser (NatSoz.) protestiert gegen die unerhörte Gewalttätigkeit, die man gegen den Abg. Göbbels angewendet habe. Auf das Schwert von der Partei der Defektoren habe sich nur die Sozialdemokratie getroffen gefühlt. (Stürmischer Beifall bei den Nationalsozialisten. — Gelächter bei den Sozialdemokraten.) Dieser Name könne sich niemals auf jemanden beziehen, der bis zum letzten Tage an der Front gestanden hat. Die Sozialdemokratie habe sich gegen Ende des Kriegs durch die gewollte Herbeiführung des Zusammenbruchs als Partei des Landesverrats demaskiert. (Lebhafte Zustimmung bei den NS. — Lärm bei den Soz.)

Abg. Dr. Schumacher (Soz.): Den Nationalsozialisten sei zum ersten Mal in der deutschen Politik die Dominierung der menschlichen Dummheit gelungen. (Großer Lärm.)

Nachdem noch Abg. Valtrusch (Volksnat.) für die Kandidatur Hindenburg eingetreten war, wurde die Aussprache auf Mittwoch, mittags 12 Uhr, vertagt.

Die Nationalsozialisten haben einen Antrag eingebracht, der die Reichsregierung ersucht, die politische Benützung des Rundfunks im Präsidentenwahlkampf, insbesondere durch Kandidaten, zu verbieten und auch selbst zu unterlassen. Im Fall der Ablehnung dieses Antrags wird verlangt, daß die Werbung für die Kandidaten zur Reichspräsidentenwahl durch den Rundfunk ohne Ansehen der Partei und der Person des Kandidaten zugelassen wird.

Bon der Abrüstungskonferenz

Russischer Vorschlag

Genf, 23. Febr. In der heutigen Sitzung der Konferenz sprachen die Vertreter von Bolivien, Columbia, Guatemala und Venezuela. Die russische Abordnung reichte einen Vorschlag ein: Heere bis 30 000 Mann bleiben außerhalb jeder Beschränkung der Rüstungen, Heere von 100 000 Mann werden um 20 v. H. über 200 000 Mann um 50 v. H. herabgesetzt. Flotten bis 100 000 Tonnen Gesamttonnage bleiben von der Herabsetzung unberührt. Flotten von 500 000 Tonnen an werden um 50 v. H. herabgesetzt.

Ein Vorschlag der italienischen Abordnung fordert: Abschaffung der Großkampfschiffe, Tauchboote, Flugzeugmutter-schiffe, der schweren Artillerie, Tanks, Bombenflugzeuge und aller chemischen und bakteriologischen Waffen, ferner Revision der internationalen Vereinbarungen zum Schutz der Zivilbevölkerung.

England schlägt vor, den Konventionenentwurf des Völkerbunds als allgemeine Verhandlungsgrundlage anzunehmen und darüber hinaus folgende Fragen zur Verhandlung zu stellen: Die geeignetsten Methoden zur Herabsetzung der aktiven Truppenbestände, Verbot der brennenden Landgeschosse über ein bestimmtes Kaliber hinaus, Abschaffung der Tauchboote, Prüfung der geeigneten Methoden zur Herabsetzung der Kriegsschiffe und der Schiffsartillerie, Gesamtprüfung des Luftkomplexes.

Neue Nachrichten

Wahlaufruf der DNVP. und des Stahlhelms

Berlin, 23. Febr. Die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm veröffentlichten gemeinsam den nachstehenden Aufruf zur Reichspräsidentenwahl:

Ein neuer Entscheidungskampf um die deutsche Zukunft hat begonnen. Es geht in ihm um die Aufrechterhaltung zentraler Arbeit und Wirtschaft, um Arbeitsfreiheit und Wehrhoheit, um die Befreiung Preußens von marxistischer Vorherrschaft und um die Befreiung eines unerträglichen Noterzwingungszwangs. Der Kampf gilt dem System und dem Geist des 9. November. Die auf die Sozialdemokratie

gestützte Brüningfront will dieses System erhalten. Es ist die Front der politischen Verwirrung. Hinter der ehrwürdigen Gestalt des Feldmarschalls von Hindenburg sucht sie jetzt Schutz und Rettung. Das ist der Sinn des Eintretens für ihn. Der Tag, an dem vor zwei Jahren der Reichspräsident den Jungplan unterschrieb, der 13. März, bringt Aufmarsch und Klärung der Fronten, die um die Reichspräsidentenwahl ringen. Für den weiteren Verlauf der deutschen Geschichte ist es entscheidend, daß die bodenständigen, aufbauenden, kampfbereiten und erfahrenen Kräfte unseres Volkstums ihrer Bedeutung gemäß zum Einsatz kommen und daß auch schon beim Wahlgang keine Stimme der nationalen Front verloren geht. Betreu den in Harzburg gegebenen Parolen haben sich deshalb die Deutschnationale Volkspartei und der Stahlhelm, unterstützt von zahlreichen auf nationalem, christlichem und sozialem Boden stehenden Gruppen und Persönlichkeiten des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, zu enger Gemeinschaft für die Reichspräsidentenwahl und die ihr folgenden Entscheidungen in einem „Schwarz-weiß-roten Kampfbund“ zusammengeschlossen. Als Kandidaten für den ersten Wahlgang der Reichspräsidentenwahl haben sie den Stahlhelmführer Duesterberg aufgestellt. Mit ihm tritt ein Führer der vaterländischen Wehrbewegung in die Schranken, dessen unermüdete, von sozialer Frontgeist getragene Arbeit stets dem Ziel der politischen und wirtschaftlichen Freiheit Deutschlands gewidmet war. Zu seiner Wahl ruft der Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot alle Deutschen auf, die eingeschlossen sind, zu kämpfen für bodenständige christliche Kultur, für Familie und deutsche Art, gegen offene und verkleidete Gottlosigkeit, die den organischen Staat deutschen Blutes gegen Weimarer Demokratie und internationalen Marxismus, für deutsche Wehrhoheit, gegen pazifistische Entmannung, für den Schutz des Eigentums und der privaten Wirtschaft, für die Befreiung der Arbeitslosigkeit und für den Schutz der Arbeitsstätte. Die Befreiungsfarben Schwarz-Weiß-Rot stehen gegen die Symbole eines untergehenden Systems. Die dem System keine Stimme!

Duesterberg veröffentlicht eine Erklärung, ihn treibe nicht Ehrgeiz und Eitelkeit, sondern Ueberzeugung und Pflichtgefühl, da leider der verehrte Generalfeldmarschall v. Hindenburg sich entschlossen habe, ohne Kursänderung und schon im ersten Wahlgang sich aufstellen zu lassen. Der Wahlkampf werde von seinen Schwarz-Weiß-Rot ritterlich geführt. Das gelte auch dem nationalsozialistischen Kandidaten gegenüber.

Aufruf des Grafen Westarp

Berlin, 23. Febr. Reichstagsabgeordneter Graf Westarp veröffentlicht folgenden Aufruf:

In der Stunde des Entscheidungskampfes um Deutschlands Wehrhoheit und Tributfreiheit hat Generalfeldmarschall von Hindenburg sich entschlossen, noch einmal die schwere Würde des Reichspräsidenten anzunehmen.

Hindenburg verkörpert uns deutsche Gottesfurcht und Treue im Dienst des Vaterlands, eisernes Pflichtbewußtsein und deutsches Soldatentum. Ehrfurcht vor der eigenen Geschichte gebietet dem deutschen Volk, vor seiner Person inneren Nachkampf und Streit der Parteien schweigen zu lassen. Das deutsche Volk schuldet ihm Dank.

Hindenburg verkörpert des deutschen Volkes Ehrlichkeit, für die er als getreuer Mahner seine Stimme erhebt. Sein Name soll bei der Wahl des Staatsoberhauptes die alte deutsche Schwäche der inneren Zerklüftung überwinden helfen und der Welt bezeugen, daß Deutschland einig ist im Kampf für Gerechtigkeit, Freiheit und Ehre der Nation.

Der Aufruf ist unterzeichnet von einer Anzahl höherer Offiziere, Theologen, Universitätsprofessoren, Beamten, Persönlichkeiten der Wirtschaft usw.

Württemberg

Stuttgart, 23. Februar.

Stiftung zur Schloßbrandhilfe. Die Wanderer-Werke A.-G. in Schönau-Chemnitz, die Fabrikationsstätten der Wanderer-Automobile, Fahrräder, Werkzeugmaschinen und Kontinental-Schreib- und Buchungsmaschinen, haben im Hinblick auf ihre seit Jahrzehnten bestehenden guten Geschäftsbeziehungen zum Land Württemberg auf Anregung ihrer Stuttgarter Vertretung dem Staatsministerium zugunsten der Schloßbrandhilfe durch Vermittlung des Staatsrentamts Stuttgart in dankenswerter Weise die beträchtliche Summe von 4000 Mark zugegeben lassen. Es wäre hoch erfreulich, wenn diese von hohem kulturellem Verständnis jugendliche Stiftung weitere größere Spenden aus den Kreisen der württ. und nichtwürttembergischen Industrie im Gefolge hätte.

Schloßbrandhilfe. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Das Wehrtreiskommando V hat an die „Schloßbrandhilfe“ den Betrag von 3800 RM. als Anteil an dem Reinertrag der Militär-Großkonzerte in der Stadthalle vom 19. und 20. Januar d. J. abgeliefert, wofür dem Wehrtreiskommando auch öffentlich der Dank hiermit ausgesprochen wird.

Abiturientenklassen an den höheren Handelsschulen. Die Württ. Ministerialabteilung für die Fachschulen hat dem Reichsbund deutscher Vereine ehemaliger höherer Handelsschüler auf seine Eingabe mitgeteilt, daß die Einrichtung von Sonderklassen für Abiturienten an der höheren Handelsschule in Aussicht genommen sei, sofern sich gegenwärtig Abiturienten zur Teilnahme an solchen Jahreskursen melden. Es ist daher zu empfehlen, daß sich diejenigen Abiturienten, die diese günstige Gelegenheit zur Erwerbung einer anerkannt guten Berufsvorbildung benutzen wollen, sofort bei den Direktoren der höheren Handelsschulen anmelden.

Die Saalklöcher im Bürgermuseum. Das Schöffengericht hat nunmehr zwei Nationalsozialisten wegen Waffenmißbrauchs und groben Unfugs zu je 4 Monaten Gefängnis und 3 Wochen Haft einen weiteren Nationalsozialisten wegen groben Unfugs zu 50 RM. Geldstrafe, sowie einen Reichsbannermann wegen Waffenmißbrauchs und groben Unfugs zu 3 Monaten Gefängnis und 30 RM. Geldstrafe verurteilt.

Vom Stahlhelm. In den letzten Wochen hat die Stahlhelmarbeit im Gau Stuttgart erhebliche Fortschritte gemacht. Der Stahlhelm-Gau Stuttgart, der vor einem Jahr aus drei Ortsgruppen bestand, ist wie uns mitgeteilt wird, heute auf 40 Ortsgruppen und Kameradschaften in Württemberg angewachsen.

Verbandsrat der Freizeiter. Der alle fünf Jahre stattfindende Landesverbandstag der Freizeiter wird vom

19. bis 21. Juni d. J. in Gmünd stattfinden. Mit dem Verbandsrat verbunden ist die Tagung der Süddeutschen Arbeitsgemeinschaft, der die Landesverbände Baden, Bayern, Hessen-Rhaffau, Saar und Württemberg angehören. Außerdem ist eine Haararbeiten-Ausstellung sämtlicher Fachschulen mit Prämierung vorgesehen, sowie eine Gewerbe-Ausstellung moderner Einrichtungen und Bedarfsartikel, bei der ebenfalls eine Prämierung stattfindet.

Versicherungsbetrug. — 4 Finger und 130 000 RM. Vor dem Schöffengericht Stuttgart fand im Jahr 1929 ein Prozeß gegen den 43 J. a. verh. Kaufmann Karl K e h r e r und den 30 J. a. verh. Schreiner Christian J i g, beide von Stuttgart, wegen schwerer Körperverletzung und versuchten Betrugs statt, der jetzt erneut von der Strafkammer Stuttgart aufgerollt wurde. Der Angeklagte K e h r e r hatte sich von Jg 4 Finger seiner rechten Hand abhacken lassen, um hierfür eine Versicherungssumme von 130 000 RM. zu erhalten. Beide täuschten einen Unfall vor; doch weigerte sich die Versicherung, den Betrag zu bezahlen, und wie sich aus dem damaligen Prozeß ergab, mit Recht. — Nachdem das Urteil gegen K e h r e r und G e n o s s e n vom Schwurgericht ausgesprochen worden war, legte K e h r e r ein Geständnis ab. Der von der Staatsanwaltschaft eingeleiteten Berufung gegen das freisprechende Schöffengericht wurde daher stattgegeben und der Angeklagte J i g wegen schwerer Körperverletzung zu drei Jahren Zuchthaus, der Angeklagte K e h r e r wegen Anstiftung hierzu zu weiteren 3 Jahren Zuchthaus verurteilt, nachdem er bereits bei dem ersten Prozeß mit einer Zuchthausstrafe von 12 Jahren belegt worden war.

Ludwigsburg, 23. Febr. Ausgefegte Beerdigung. Auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wurde gestern, laut „Ludw.“ Jg., die Beerdigung eines nach einer Operation im Bezirksstranthenhaus gestorbenen 13jährigen Mädchens ausgeführt. Es soll sich um Mißhandlungen durch die Stiefmutter handeln.

Uldorf O.N. Böblingen, 23. Febr. Bürgermeisterwahl. Bei der Bürgermeisterwahl am Sonntag erhielt der feierliche Bürgermeister G e r t l i n g 313 Stimmen, die restlichen Stimmen waren verstreut oder ungültig. G e r t l i n g ist somit wieder gewählt.

Preisanschreiben für einen Plakatenwurf für das 15. Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart. Der Hauptsektionsschub für das 15. Deutsche Turnfest 1933 in Stuttgart veranstaltet zur Erlangung eines geeigneten Entwurfs für das Festplakat einen Wettbewerb, bei dem alle Groß-Stuttgarter unfähigen Künstler sowie Künstler, die der Deutschen Turnerschaft angehören, teilnahmeberechtigt sind. Verlangt wird ein druckfähiger Entwurf bis zur Höchstgrenze von 48 x 64 Zentimeter, der bis zum 15. April 1932 an die Geschäftsstelle des 15. Deutschen Turnfestes in Stuttgart eingereicht ist. Für den Wettbewerb stehen 5 Preise zur Verfügung, für die insgesamt 2000 RM. ausgeworfen werden. Der 1. Preis ist dabei mit RM. 700.— festgesetzt.

Esslingen, 22. Febr. Tödlicher Sturz. Ein 56-jähriger Rentner in der Heimstätte Neckarhalde fiel in seiner Wohnung die Treppe herunter und erlitt einen schweren Schädelbruch. Er starb auf der Fahrt ins Krankenhaus.

Neckarstalm, 23. Febr. Aufsehen erregende Verhaftung. Der städtische Gasmeister Hagmaier ist, wie das Bürgermeisteramt mitteilt, nicht wegen Veruntreuung und des Betrugs verhaftet worden. Mit dem Gaszeineingang hatte Hagmaier selbst nichts zu tun. Es wird ihm vielmehr vorgeworfen, die Tagesrapporte, in die der Stand der Gasmesser eingetragen wird, geändert und weiter bei einer hiesigen Industriestirma den Gasmesser vorgestellt zu haben. Die Tat des Hagmaier ist wohl unverständlich, als nicht er, sondern das städtische Gaswerk einen Vorteil daraus gehabt hätte.

Oberndorf a. N., 23. Febr. Jubilar der schwarzen Kunst. Der Schriftsetzer Max Schuhr kann auf eine 25jährige Tätigkeit in der Druckerei des Schwarzwälder Voten zurückblicken. Es wurde ihm das tragbare Ehrenzeichen des Deutschen Buchdruckervereins in Silber mit einer Ehrenurkunde übergeben.

Vom Ries, 23. Febr. Schwere Bluttat. Im Verlauf eines Streits schoß der im Armenhaus wohnende Tagelöhner Martin J i e g e r in Reimlingen zwei Handwerksburschen, den 28 J. a. Veer aus Amberg und den 30 J. a. Josef H a l l e r aus Odenklingen bei Donauwörth nieder. Haller war sofort tot, während Veer lebensgefährlich verletzt wurde. Jiegler, der eine Familie mit 6 Kindern hat, wurde ins Gefängnis nach Württemberg verbracht. Er ist vor 14 Tagen aus dem Gefängnis in Donauwörth entlassen worden, wo er eine mehrwöchige Freiheitsstrafe abgebußt hat.

Ringelstaben. In der Nacht auf Montag wurde der Handwerksbursche Clemens H e j z von dem bei Landwirth Schmid beschäftigten Stallschweizer Babrid durch Stiche mit der Mistgabel schwer verletzt. Der Stallschweizer vergrub darauf den schwer Verletzten, aber noch lebenden Handwerksburschen in einem Düngershaufen, wo er erstickte. Die Gerichtskommission stellte fest, daß der Täter geistesgestört ist. Er wurde in die Heilanstalt Schussenried verbracht.

Altshausen O.N. Saulgau, 23. Febr. Schwere Führerwerksunfall. Der bei Richard Reher bedienstete 18jährige Knecht Hugo H a g a hatte das vordere Drittel seines Wagens mit Buchenscheiter voll ausgeladen. Der Wagen kippte beim Befahren einer Linkskurve infolge seines nach vorn verlegten Schwergewichts um und begrub H a g a unter die Buchenscheiter, so daß er einen schweren Schädelbruch davontrug.

Raasdorf, 23. Febr. Schwere Körperverletzung mit nachfolgendem Tod. Am Samstag, 13. Februar, haben sich im Jag. Werkeller zwischen dem Händler Hermann G u t m a n n und dem Zimmermann Karl S c h u p p, beide verheiratet, schwere Streitigkeiten abgespielt, in deren Verlauf der Händler G u t m a n n auf den Zimmermann S c h u p p mit einer Eisenstange solange einschlug, bis er niederbrach. Der Schwerverletzte wurde in das Elisabethenkrankenhaus eingeliefert, wo er an den Folgen seiner erlittenen schweren Verletzungen am letzten Freitag gestorben ist. G u t m a n n wurde verhaftet.

Zöpprich-Prozeß

Ellwangen, 23. Februar. Am Dienstag erfolgte die Vernehmung des Zeugen Kaufmann A u s e r, Inhaber eines kleinen Aussteuergeschäfts in Cannstatt. Der Zeuge erklärte sich aus reiner Gefälligkeit bereit, der Firma Wertheimer-Stuttgart einige Zöpprich-Beschel distanzieren zu lassen. Sehr schnell wurde aber daraus eine Gewohnheit.